

Beate Müller-Gemmeke
Mitglied im Kreisvorstand Reutlingen und
Landesvorstand Baden-Württemberg

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

Kontakt:
Beate Müller-Gemmeke
Im Brühl 24
72124 Pliezhausen
Tel.: 07127 - 71619
Mobil: 0160 - 6330077
Mail: b.mueller-gemmeke@gruene.de
www.mueller-gemmeke.de

1. Oktober 2008

Liebe Grüne Jugend,

ich finde es gut, dass ihr euch bei der Wahl der Landesliste einmischt und „Wahlhilfen" bietet. Hier kommen meinen Antworten:

Frage 1

Wie würdest du dein Verhältnis zur Grünen Jugend beschreiben und wie hast du deren Arbeit in der vergangenen Zeit erlebt?

Ich würde mein Verhältnis zur Grünen Jugend als „sehr gut" beschreiben. Wo ich kann unterstütze ich die Arbeit der Grünen Jugend – beispielsweise im Landvorstand. Aber auch thematisch unterstütze ich die Anliegen der GJ und wir häufig ziehen wir ja auch am gleichen Strang – beispielsweise beim Thema „Grundeinkommen". Euer Antrag bei der LDK Heilbronn war weiterführend und unterstützend. Genau so sieht konstruktive inhaltliche Zusammenarbeit aus und ich freue mich schon auf die zukünftige gemeinsame Arbeit, wenn wir neue Themen miteinander voran bringen.

Unsere baden-württembergische Grüne Jugend ist stachlig, überzeugend und engagiert. Genau dies erwarte ich von einer Grünen Jugend - kritische Verbundenheit, mit eigenen Themen, eigenständigen Positionen, aber auch mit konstruktiver inhaltlicher und parteiinterner Kritik. Die Grüne Jugend duckt sich nicht weg, auch wenn es mal Gegenwind gibt. Kurzum – ich hoffe, dass die Grüne Jugend in dieser Form weiter macht!

Frage 2

Inwiefern siehst du dich als mögliche Bundestagsabgeordnete als Vertreterin der jungen Generation?

Ich kandidiere als Sozial- und Arbeitsmarktpolitikerin. Werde ich gewählt, stehen bei mir die jungen (benachteiligten) Menschen im Mittelpunkt. Grundlage dafür sind meine derzeitigen beruflichen, politischen und ehramtlichen Aktivitäten.

Als selbstständige Sozialpädagogin mache ich konkret Arbeitsmarktpolitik - insbesondere für junge Menschen.

Seit fast 20 Jahren mache ich zudem Kommunalpolitik und dabei sind meine Schwerpunkte: Schulsozialarbeit, offene Jugendarbeit, Jugendhilfe, Bildungspolitik etc.

In meinem Heimatort habe ich einen Förderverein offene Jugendarbeit gegründet. Mein Konzept im Jugendhaus verbindet erfolgreich offene Jugendarbeit und Berufsorientierung. Zusätzlich habe ich ein PatInnenprojekt initiiert - 12 HauptschulabgängerInnen werden von ehrenamtlichen PatInnen in die Ausbildung begleitet.

Und nicht zuletzt bin ich Mutter zweier fast erwachsener Söhne – tagtäglich erlebe ich die Situation von jungen Menschen hautnah. ☺

In der Arbeitsmarktpolitik muss es endlich Schluss damit sein, dass junge Menschen gegängelt werden, aber wenig zielführende Angebote erhalten. Die jüngsten Forderungen des

Vorsitzenden der Bundesagentur Weise, den Hartz IV-Regelsatz gerade für junge Menschen zu kürzen, gehen für mich dabei in die völlig falsche Richtung. Die Debatte zeigt, wie wichtig es gerade in der Arbeitsmarktpolitik ist, deutlich das Wort für die Jungen zu ergreifen. Die Lebenssituation von jungen Menschen muss im Mittelpunkt stehen. Sie brauchen Perspektiven. In diesem Sinne trage ich schon seit längerer Zeit ein Vorhaben mit mir rum, das ich ehrenamtlich nicht bewältigen kann. Ich möchte ein Konzept für ein umfassendes Jugendfördergesetz entwickeln mit einem „Recht auf Ausbildung" für alle junge Menschen. Keine/r soll durch's Netz fallen oder zur „Generation Praktika" werden.

Frage 3

Was muss deiner Meinung nach in Deutschland passieren, um Jugendliche und junge Menschen mehr für Politik zu begeistern?

Natürlich ist eine Bildungspolitik gefragt, die Politik ansprechend und spannend in die Lebenswelt von jungen Menschen integriert. Aber insbesondere müssen die Parteien Sachthemen, die junge Menschen betreffen, im politischen Tagesgeschäft ernst nehmen. Reden allein reicht aber nicht aus, die jungen Menschen müssen bei politischen Entscheidungen im Mittelpunkt stehen.

Ich bin mir auch sicher, dass junge Menschen klare und ehrliche politische Aussagen einfordern. Die „Wahl" zwischen Parteien muss als wirkliche Alternative erkennbar sein. In diesem Sinne brauchen wir GRÜNEN klare Positionen, zu denen wir authentisch stehen und die auch nicht verhandelbar sind. In der Konsequenz bedeutet dies dann natürlich auch, dass Parteien zu ihren Wahlaussagen stehen müssen. Wie sonst soll Vertrauen, Interesse und Partizipation entstehen?

Meine Erfahrungen zeigen aber vor allem auch, dass „Politikverdrossenheit" bei genauerem Hinhören eigentlich „PolitikerInnenverdrossenheit" bedeutet. „Die PolitikerInnen ‚da oben' können mir eh nicht helfen!" sagen viele Jugendliche angesichts mangelnder Ausbildungsstellen und unsicherer Zukunftsperspektiven. Wir müssen also vermehrt zu den Jugendlichen und junge Menschen gehen, nicht nur in Wahlkämpfen und unabhängig davon, ob wir dort Stimmen erwarten können. Ein Beispiel: 2002 wurden wir BundestagskandidatInnen von einer evangelischen Jugendgruppe eingeladen. Ich war die Einzige, die gekommen ist. Die Jugendlichen durften noch nicht wählen – aber ich bin mir sicher, dass dieser Abend durch Augenhöhe und Wertschätzung Eindruck hinterlassen hat.

Abschließend: Wie sollen Jugendliche sich für Politik begeistern lassen, wenn sie nicht mitentscheiden dürfen? In diesem Sinne setze ich mich für ein Wahlalter von 16 Jahren ein. Und zudem brauchen wir mehr direkte Demokratie, damit insbesondere junge Menschen die Politik mit gestalten können.

Frage 4

Was sind für dich die wichtigsten 4 grünen Inhalte, die bei Koalitionsverhandlungen – egal mit welcher Partei – unverhandelbar sind?

1. Atomausstieg
2. ein klares Nein zu neuen Kohlekraftwerken
3. umfassende Reform von Hartz IV, d.h. Erhöhung des Arbeitslosengelds II, höheres Schoneinkommen, Abschaffung der Sanktionen, Regionalisierung, mehr Freiheiten bei den arbeitsmarktpolitischen Instrumenten
4. Bürgerversicherung

Frage 5

Was müsste deiner Ansicht nach getan werden, um die häufig diskutierte Gleichstellung von Männern und Frauen endlich Realität werden zu lassen?

Ich möchte hier nicht unsere gesamte gleichstellungspolitische Programmatik aufzählen, sondern meine ganz persönlichen Aktivitäten beschreiben. So engagiere ich mich schon länger bei GewerkschaftsGrün: Gleicher Lohn für Frauen und Männer bedeutet – wir brauchen einen Mindestlohn, denn insbesondere Frauen arbeiten in Branchen mit geringen Löhnen. Statt Minijobs brauchen Frauen mehr sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhält-

nisse. Ebenso ist Teilzeit für Männer und Frauen gleichermaßen wichtig, damit die traditionelle Rollenverteilung endlich der Vergangenheit angehört.

In diesem Sinne streite ich auch in der Kommunalpolitik für durchgängige Kinderbetreuungsangebote, denn Gleichstellung basiert auf der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Gleichstellung bedeutet aber auch, dass Frauen gestärkt werden durch finanziell gesicherte Beratungsstellen und Frauenhäuser.

Mein Schwerpunkt liegt aber auch bei diesem Thema in der Arbeitsmarktpolitik. Die Arbeitsmarktsegregation von Frauen ist offensichtlich und der Anteil der Arbeitslosigkeit von Frauen ist höher als bei Männer. Obwohl die europäische Beschäftigungsstrategie die Gleichstellung als integrativen Bestandteil formuliert, merke ich in meiner Arbeit, dass die nationale aktive Arbeitsmarktpolitik diesbezüglich extrem reformbedürftig ist. Beispielsweise brauchen Mädchen besondere geschlechtssensible Unterstützung bei der Berufsorientierung und Zugänge auch zu Männerberufen, denn noch immer konzentrieren sie sich auf gerade mal 8 – meist gering entlohnte –Ausbildungsberufe. Und natürlich brauchen Frauen eine eigene Existenzsicherung, aber hier kann meine Antwort bei Frage 7 nachgelesen werden.

Gleichzeitig müssen wir aber auch die Jungenförderung in den Mittelpunkt stellen. Gleichstellung vorantreiben heißt auch, die Sorgen von Jungen und Männern ernst zu nehmen. Geschlechtergerechtigkeit ist für mich kein lila-Latzhosen-Thema, sondern DAS gesellschaftspolitische Projekt.

Gleichstellung ist mir auch bei uns GRÜNEN wichtig. Für mich sind das Frauenstatut und die Doppelspitze keine alten Zöpfe – ich stehe dazu.

Frage 6

Wie siehst du die Problematik in der gesetzlichen Gleichstellung von LebenspartnerInnenschaften mit der Ehe? – Was würdest du unternehmen, um die bestehende Ungleichbehandlung zu beenden?

Für uns GRÜNE hat die Einführung der eingetragenen Lebenspartnerschaft zu Zeiten der rot-grünen Bundesregierung einen Epochenwandel markiert. Leider musste jeder Schritt in diese Richtung hart erkämpft werden. Dennoch sind in zu vielen Bereichen der Gesetzgebung LebenspartnerInnenschaften eben nicht gleichgestellt. Ob im Beamtenrecht, wo sie von Hinterbliebenenversorgung, Beihilfe und Familienzuschlage ausgeschlossen bleiben, im Erbrecht, Steuerrecht oder im Adoptionsrecht - überall begegnen gleichgeschlechtliche Paare einer Ungleichbehandlung. Viele Reformen in vielen Bereichen sind notwendig. Der Anspruch auf Gleichstellung wird nicht nur von uns GRÜNEN immer wieder betont: Auch die Europäische Union kritisiert immer wieder Verstöße gegen die Antidiskriminierungsvorschriften in Deutschland. Einschlägige Urteile des Europäischen Gerichtshofes kritisieren eine „unmittelbare Diskriminierung wegen der sexuellen Ausrichtung" und sprechen eine überdeutliche Sprache.

Frage 7

Wie stellst du dir die Zukunft der sozialen Sicherungssysteme vor? – Wie sieht für dich der Weg zu mehr sozialer Gerechtigkeit aus?

Die Vorstellung eines ununterbrochenen Erwerbsverlaufs bis zum Renteneintritt gehört der Vergangenheit an. Entsprechend haben wir ein neues Bild von Arbeitslosigkeit, Armut und Unsicherheit für einen zunehmend größeren Bevölkerungsanteil.

Ich lüfte kein Geheimnis – natürlich sehe ich perspektivisch ein bedingungsloses grünes Grundeinkommen als die beste Lösung. Mit einer negativen Einkommensteuer erreichen wir unbürokratisch alle Personengruppen, die von Armut bedroht sind – Erwerbslose, Geringverdienende, einkommensschwache Haushalte mit Kindern, Studenten und Freiberufler. Insbesondere Frauen und junge Menschen in Übergangsphasen würden von einem Grundeinkommen profitieren, denn damit würde eine eigenständige Existenzsicherung und ein Mehr an Freiheit endlich Realität.

In einer sich verändernden Welt – durch Globalisierung und Rationalisierung – müssen die Problemlagen mit neuen Konzepten gelöst werden. Man muss den Mut haben neue Anforderungen auch mit neuem Denken zu begegnen. Die Vorteile sind für mich eindeutig: Ein Grundeinkommen reagiert auf alle Problemlagen, trägt zur effektiven Armutsbekämpfung bei und erhöht die gesellschaftliche Verteilungsgerechtigkeit.

Die beschlossene Grundsicherung ist aber dennoch die Zweitbeste aller Möglichkeiten. Natürlich brauchen wir dringend den notwendigen Ausbau der sozialen Infrastruktur von der Bildung über die Kinderbetreuung bis zu einer wirklich greifbaren Arbeitsmarktintegration – damit Teilhabe- und Chancengerechtigkeit zukünftig keine leeren Worthülsen bleiben. Neben einem Mindestlohn und der Erhöhung des Arbeitslosengelds II brauchen wir aber weitere Konkretisierungen, damit dieses Konzept auch heute konkret die verdeckte Armut bekämpft. Damit meine ich eine Kindergrundsicherung gegen Kinderarmut und ebenso eine Grundrente gegen Altersarmut. Nur soziale Infrastruktur und finanzielle Absicherung gleichermaßen ergeben ein abgerundetes Gesamtpaket, um die Spaltung zwischen Arm und Reich ein Stück weit überwinden zu können.

Frage 8

Wie können Deiner Meinung nach die ökologische und soziale Frage, verringerter Energieverbrauch ohne Vergrößerung der sozialen Ungleichheit, kombiniert werden?

Die dramatisch ansteigenden Energiepreise verschärfen immer mehr soziale Probleme, denn einkommensschwache Haushalte werden besonders stark belastet. Kurzum – wir stecken in einem Dilemma: Die Energiepreise sind gleichzeitig zu hoch und zu niedrig. Die Senkung der Energiepreise können und wollen wir nicht versprechen, noch immer müssten sie eigentlich steigen, um ein Umsteuern auf effiziente Technologien zu erreichen. Und doch sind die Belastungen sehr hoch und bewirken soziale Verwerfungen.

Wir brauchen neue Instrumente, die sowohl ökologisch als auch sozial gerecht wirken. Vor allem aber darf diese Entlastung nicht wieder „auf Anträge" basieren, denn schon heute sind 10% der Bevölkerung auf staatliche Unterstützung angewiesen. In diesem Sinne ist der neu beschlossene Energiespar-Bonus für alle Haushalte der richtige Weg. Eine weitere Lösung wäre ein „Recht auf günstige Grundenergie für alle" – der Hochverbrauch wäre teurer und würde konsequent Energieeinsparung bewirken. Zusätzlich brauchen wir Investitionen und Programme zur energetischen Sanierung von Wohnungen gezielt für einkommensschwache Haushalte. Aus eigener Kraft schaffen Geringverdienende diese Investitionen nicht – sie brauchen Unterstützung. An diesen Punkten müssen wir GRÜNEN weiter diskutieren.

Frage 9

Gerechtigkeit heißt auch immer, allen Menschen ohne Rücksicht auf Geschlecht, Religion, Alter etc. eine faire Chance zu geben. – Wie heißt für dich die politische Praxis zu dieser Vision? Was muss sich in Deutschland und Europa ändern, damit sie wahr wird?

Über die Diskriminierung nach Alter und Geschlecht habe ich in den anderen Fragen schon einiges gesagt. An dieser Stelle möchte ich die Diskriminierung aufgrund der Religion ansprechen. Grundsätzlich sind alle für Gleichstellung. Wenn es aber darum geht, eigene Privilegien aufzugeben, und die „anderen" mit den „eigenen" wirklich gleichzustellen, regen sich Widerstände, ja bricht Empörung aus.

Ein simples Beispiel aus dem vergangenen Landtagswahlkampf in Bayern (wie die Wahl letztendlich ausging, wissen wir ja nun alle ☺): Da haben die bayrischen GRÜNEN beschlossen, alle religiösen Symbole aus den Klassenzimmern zu verbannen. Als Reaktion sprachen Medien, Kirchenvertreter und Volksparteien von einem neuen „Kruzifix-Streit" und warfen den GRÜNEN vor, sie hätten ein „ungeklärtes Verhältnis zu Glaube und Religion und ihrer öffentlichen Bedeutung" (so der Erzbischof von München und Freising). Solch eine Doppelzüngigkeit ärgert mich: Unter Verweis auf ein kulturell ominös begründetes „Abendland" werden christliche und nicht-christliche Symbole in größter Selbstverständlichkeit ungleich behandelt.

Ich setze mich für eine offene gesellschaftliche Diskussion ein, die sich um die Rolle der Religion in der Gesellschaft insgesamt dreht – und dabei nicht zwischen christlichen und anderen Religionen unterscheidet. Wir GRÜNEN sind mitnichten antireligiös, gerade bei uns gibt es sehr engagierte und gläubige ChristInnen, Muslime, und Angehörige anderer Glaubensgemeinschaften. Aber es geht nicht an, sich je nach Lust und Laune mal auf die „Religionsfreiheit" und mal auf „Unabhängigkeit des Staates" zu berufen. Alle Religionen sollen ihren Platz haben – in einem vielfältigen, gleichberechtigten Mit- und Nebeneinander, anstelle ei-

ner von oben verordneten „Leitkultur". Diese Form von Gerechtigkeit muss von Europa eingefordert, aber national diskutiert und umgesetzt werden.

Frage 10

Wie sieht für dich eine „grüne" Armee aus?

Wir GRÜNEN entstammen einer pazifistischen und antimilitaristischen Bürgerbewegung und diese Grundsätze halte ich bis zum heutigen Tage für richtig. Die Situation in Afghanistan zeigt einmal mehr, dass Frieden nicht mit militärischen Mittel zu erreichen ist.

GRÜNE Friedens-, Präventions- und Kriseninterventionspolitik muss im Mittelpunkt stehen. Völkerrechtswidrige Einsätze lehne ich ab. Für Deutschland heißt dies, dass wir eine kleine, gut ausgebildete und insbesondere in Konfliktprävention und ziviler Krisenbewältigung geschulte Berufsarmee brauchen. Das Auslaufmodell „Wehrpflicht" ist friedenspolitisch unsinnig und zudem ungerecht. Wer von Anfang an den Wehrdienst verweigert, muss seinen Zivildienst ableisten. Wer aber bereit ist zur Bundeswehr zu gehen, wird oft nicht eingezogen. Zudem ist die derzeitige Wehrpflicht diskriminierend. Aus der Sicht der Männer verträgt sich eine Pflicht, der nur sie unterliegen nicht mit gleichstellungspolitischen Grundsätzen. Und aus Sicht der Frauen erfahren diese eine sozialpolitische Benachteiligung gegenüber gleichaltrigen Männern, wenn sie sich für ein Freiwilliges Soziales Jahr entscheiden. Das FSJ wird schlechter bezahlt als der Zivildienst, nicht als freies Jahr auf den Kindergeldbezug angerechnet und ist schlechter sozial abgesichert. Die Wehrpflicht ist wirklich ein alter Zopf!